

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeüller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeüller-Verbandes

Ar. 49 · 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b
Fernsprecher: Northplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelscher Postenlos

Berlin, 10. Dez. 1926

Zum Problem der Arbeitszeit!

Die Frage der Arbeitszeit ist eine der umstrittensten der Gegenwart. Doch solange auf der Kampf um die Arbeitszeit schon dauert, wird nach vor von den Unternehmern behauptet, eine Verkürzung der Arbeitszeit bringe notwendig eine Verminderung der Produktion, obwohl die Geschichte und besonders die letzte Zeit mit ihren „Nationalisierungsbestrebungen“ es beweisen, daß bei Anwendung der technischen Verbesserungen eine Verkürzung der Arbeitszeit sich gleichzeitig mit einer Produktionssteigerung verbinden läßt. Besonders aber in Krisenzeiten wird der Kampf des Unternehmertums gegen jede Arbeitszeitverkürzung mit besonderer Schärfe geführt. Und so gewinnt das Arbeitszeitproblem hier auch eine besondere Bedeutung. Diese Bedeutung klar erkennend, forderten ja auch die gewerkschaftlichen Spitzenverbände von der Reichsregierung ein entschiedenes Eingreifen. Es erscheint doch ein Notgesetz über den Achtstundentag. Es zeigt sich, daß gerade in Zeiten furchtbaren Erregung die Arbeitszeit auf ein bestimmtes Mindestmaß zurückgeschraubt werden muß, um so Platz zu schaffen für solche, die ohne Erwerb, ohne Beschäftigung sind. Doch das Unternehmertum, dem das Profitinteresse oberster Grundlag ist, stößt sich sehr wenig daran. Es hat herausgefunden, daß gerade diese Zeiten sehr gut geeignet sind, die Arbeitszeit zu verlängern in Form von Überstunden. Auf ihre Erkenntnis bauend, daß der Arbeiter, um nicht vollständig brotlos zu werden, in seiner Verzweiflung sich bereit erklärt, diese Überstunden zu leisten. Hierbei bedenkt man nicht, welche Schäden hierdurch der gesamten Volkswirtschaft entstehen, daß man hilft das Erwerbslosentum zu vergrößern, welches durch die fortschreitende Nationalisierung und Technisierung ohnehin noch ständig wachsen wird. Hier muß die Regierung einschreiten, um noch größere Schäden abzuwehren.

Spiele die Bedeutung der Arbeitszeit auch heute eine bedeutende Rolle, so ist doch das Arbeitszeitproblem an sich so alt wie das Kapitalismus selbst. Nur sehr schwerlich man sich zu Arbeitszeitverkürzungen herbei. Die ersten Arbeiterkämpfe in Bezug auf Arbeitszeit betrafen nur Frauen- und Kinderarbeit. Dagegen war die männliche Arbeitskraft vollständig ungeachtet. Doch traten auch schon damals Männer auf, die eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangten. Einer der nachdrücklichsten Propagandisten war Robert Owen. Als englischer Fabrikant trat er bereits 1817 für eine achttündige Arbeitszeit ein, nachdem er 1817 in seinem eigenen Betrieb die Arbeitszeit auf 11, zuerst auf 10½, später auf 9 und 8 Stunden reduziert hatte, ohne daß das Rentabilitätsinteresse seines Betriebes Schaden erlitten hätte. Als 1833 das Fabrikgesetz die 10-Stunden-Tagesarbeit und die 48-Stunden-Woche vorschrieb, verurteilte Owen diese Regelung auf alle Arbeitskräfte auszuweihen, ohne jedoch mit seiner Forderung durchzuführen zu können.

In Deutschland war es vor allem Professor Abbe, der als Leiter der Zeitschriften in Jena auf Grund seiner praktischen Erfahrung sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit einsetzte. Abbe kommt auf Grund seiner Versuche zu der Schlussfolgerung, daß für jede bestimmte Person und bei einer bestimmten Arbeitszeit ein Maximum wird und bei einer Verkürzung der Arbeitszeit solange noch Erhöbung der Tagesleistung zur Folge haben muß, als der Gewinn für den täglichen Kraftverbrauch aus der verlängerten Arbeitszeit und der Ertragsausparnis an Kraftverbrauch „gleichsam“ zusammen noch größer sind als der Kraftverbrauch für die Beschleunigung des Arbeitstempo. Abbe glaubt, daß die Beschleunigung des Arbeitstempo. Abbe glaubt, daß für wenigstens drei Viertel aller industriellen Arbeiter bei einer 9-Stunden-Arbeitszeit das Optimum nicht erreicht wird, bei einer 8-Stunden-Arbeitszeit noch nicht überschritten ist. Auch Abbe waren es noch viele, die für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintraten. Besonders waren es die Gewerkschaften, die seit ihrem Bestehen die achttündige Arbeitszeit als Ziel für alle Arbeiter auf ihre Fahnen schrieben. Man verfuhr immer wieder zu beweisen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit mit einer größeren Leistungssteigerung der Arbeitszeit mit Verbesserung der Technik und Fähigkeit ebenso wie mit Verbesserung der Antofen sehr wohl einer entsprechenden Ertragsparnis der Antofen sehr wohl vereinigen sei.

Trotz dieser Beweise war das Unternehmertum nicht so schnell geneigt, die Arbeitszeit wesentlich zu verkürzen. In Frankreich hatte man im 1848 die 12stündige Arbeitszeit, an deren Stelle später die 10½stündige und 1904 die 9stündige Arbeitszeit trat. Österreich. In Schweden folgten mit dem gesetzlichen 11-Stundentag. In Deutschland erkannte man auf Grund der Gewerbenoelle von 1891 nur eine Verkürzung der Arbeitszeit für gesundheitsgefährdende Betriebe an. Bis zum Weltkriege hatte schließlich Australien den Achtstundentag eingeführt. Schon 1873 wurde er für Frauen und Kinder und im Jahre 1901 für alle Arbeiter eingeführt.

Der Weltkrieg übte in doppelter Hinsicht einen Einfluß auf die Arbeitszeit ein. Während einerseits die Kriegführung in den Staaten jeglicher Arbeiterkämpfe in Bezug auf die Arbeitszeit fallen ließen, wurde andererseits der Acht-

stundentag eingeführt. In Panama wurde bereits 1914, in Uruguay 1915 und in Mexiko 1917 der Achtstundentag gesetzlich eingeführt. Nach vorausgegangener revolutionärer Bewegung wurde am 27. November 1917 der Achtstundentag in Finnland und unter gleicher Voraussetzung am 11. November 1917 in Rußland eingeführt.

In Deutschland wurde er bereits durch Uebereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom 15. Oktober 1918 eingeführt und am 19. November 1918 durch die deutsche Gesetzgebung sanktioniert. In der Folge machte sich in fast allen angrenzenden Ländern eine Bewegung für den Achtstundentag bemerkbar, die auch zum größten Teil Erfolg brachte, indem der Achtstundentag teils durch Gesetz, teils durch tarifliche Vereinbarungen festgelegt wurde. Durch den Frieden von Versailles war es notwendig, einheitliche Regelungen in der Arbeitszeit zu treffen. Die Konferenz von Washington vom Oktober 1919 hat sich dementsprechend mit der Einführung des allgemeinen Achtstundentages beschäftigt und ein diesbezügliches Abkommen zustande gebracht.

Deutschland hat die Ratifizierung noch nicht vollzogen. Zwar lag bereits 1922 ein Gesetzentwurf zur Ratifizierung den gelegentlichen Körperparlamenten vor. Doch begünstigt man sich mit einer Verordnung über Arbeitszeit vom Dezember 1923, die heute noch in Kraft ist.

Frage man nun nach den Ursachen, weshalb dieses Abkommen in Deutschland nicht ratifiziert ist, so begünstigt man sich mit der Feststellung, daß es in Zeiten wirtschaftlicher Not unmöglich sei, die sozialpolitischen Maßnahmen alle auszuführen. Der Achtstundentag stelle eine so große Belastung der Wirtschaft dar, daß diese auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig werde. Von der Konkurrenzfähigkeit hängt aber das Wohl und Wehe des deutschen Volkes ab. Daß aber die Belastung der Wirtschaft nicht so groß ist, wie es von den Unternehmern behauptet wird, hat ja das Reichsarbeitsministerium selbst erst vor kurzem nach eingehender Prüfung festgestellt.

Betrachten wir jedoch die Frage von einer anderen Seite. Durch die immer weiter fortschreitende Spezialisierung, durch die Beschränkung der Tätigkeit des einzelnen Arbeiters auf einzelne Handgriffe, wird die Arbeit immer monotoner. Die Arbeit ist lediglich noch eine mechanische Verrichtung, sie stellt keinerlei geistige Ansprüche mehr. Der Arbeiter selbst gleich einem toten Wertzeuge, er ist zum Erlaichen der Maschine geworden. Er hat nicht die geringste Abwechslung bei der Arbeit. Während der Jagarbeiter früher ein ganzes Stück herstellte und so mit einer gewissen Freude das Werk seiner Hände wachsen sah, ist er heute zum Spezialarbeiter geworden, der tagaus, tagein ein und dieselbe Bewegung macht, die Arbeit wird ihm zur Qual. Der ruhelose Geist des Menschen wird hier gewaltam eingeschnürt und bis zur völligen Erschöpfung angepannt. Wenn wir auch wissen, daß die Entwicklung in dieser Hinsicht nicht aufzuhalten ist, der Arbeiter ist längst kein Maschinenführer mehr, so muß doch alles versucht werden, die Schäden, die durch die Maschine verursacht werden, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Das Arbeitstempo wird dem Menschen aufgezwungen. Hinzu kommt, daß das Arbeitstempo ein bedeutend schnelleres geworden ist, es läßt dem Arbeiter keine Zeit sich umzuschauen oder von der Arbeit auszuklinken. Durch die schnelle Entlohnung des Arbeiters werden Frauen und Kinder ebenfalls in die Koharbeit eingezogen, und so das Familienleben zerstört. Deshalb kann man mit Recht sagen, daß der Kampf der Arbeiterkassen um den Achtstundentag ein Kampf ist um Menschentum und um das Familienleben des Arbeiters.

Wissen auch heute noch viele nicht, besonders die Jugendlichen, wie sie die freie Zeit ausfüllen sollen, so wird doch mit der Zeit hier Wandel geschaffen, es ist vorläufig auch nur, daß dem Arbeiter mehr Spielraum zu seinem Eigenleben gegeben wird. Eine der vornehmsten Aufgaben der Arbeiterbewegung wird es sein, daß sie der Arbeiterkassen hilft, die freie Zeit nutzbringend anzunehmen durch Bildungsbestrebungen aller Art.

Das Unternehmertum macht in letzter Zeit verzweifelte Anstrengungen, die Einführung des Achtstundentages zu hintertreiben. Man holt Beweise von weit her, um die Schäden einer verkürzten Arbeitszeit auf die Volkswirtschaft zu beweisen. Vor allem beruft man sich auf Japan und China, die durch besonders lange Arbeitszeit sich herporrücken, wodurch der europäische Markt gefährdet würde. Doch dem ist entgegenzuhalten, daß die Arbeiterkassen in diesen Ländern noch nicht so weit mit der Industrie verfahren ist, wie die europäischen. Des weiteren ist die Technik hier noch nicht so weit vorgeschritten wie bei uns, weshalb auch vorläufig eine Konkurrenz von diesen Ländern nicht zu befürchten ist.

Diese Bemühungen der Unternehmer müssen für die deutsche Arbeiterkassen ein Ansporn sein, den Kampf mit doppelter Energie für die Einführung eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages und zur Beilegung des Ueberstundenwesens zu führen. Es ist kein

Geheimnis, daß die tatsächliche Arbeitszeit und das Arbeitstempo in Deutschland im Durchschnitt größer ist als in England, das deshalb argwöhnisch nicht nur auf die überseeischen, sondern auch auf die europäischen Konkurrenten blickt.

Je schneller und gründlicher daher in Deutschland im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitszeit verkürzt wird, desto sicherer wird zu gleicher Zeit dem internationalen Scharmachern die Waffe aus der Hand geschlagen und der offensichtlich geplante neue Vorstoß gegen die Forderung auf internationale Arbeitszeitregelung und Arbeitszeitverkürzung pariert.

Willi Lenzer.

Unsere Wohnungszustände.

Überall im Deutschen Reich herrscht Wohnungsnot. Der Ober-Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Ebel veröffentlichte jüngst eine statistische Arbeit über das Resultat des Wohnungsbaues in der Zeit von 1919 bis 1925. Danach betrug der Zugang überhaupt 898 764, davon waren Neubauten 704 038 und Umbauten 194 726. Der Abgang an Wohnungen betrug aber 54 355, so daß der reine Zugang nur 844 599 betrug. Der jährliche Neubedarf an Wohnungen wird mit 150 000 beziffert. Nur 1925 ist dieser Bedarf mit 164 437 Neubauten gedeckt worden, die große Lücke von circa 600 000 fehlenden Wohnungen läßt leider noch immer offen fort. Die Zahl der wirklich fehlenden Wohnungen wird aber von anderer sachverständiger Seite auf 800 000 beziffert, und mer das Wohnungsland näher kennen gelernt hat, wird wohl wissen, daß es bei weitem noch schlimmer aussieht, in der Stadt sowohl als auch auf dem Lande.

Berlin hat jetzt einen sozialistischen Stadtbaurat in Dr. Ing. Wagner bekommen. Er hat sofort begonnen, Informationen über sein übernommenes Amt zu sammeln. Er hat darüber einen Vertreter der Presse Mitteilungen gemacht, die ein recht böses Bild über die Berliner Verkehrs- und Wohnverhältnisse ergeben. Ohne näher auf die Verkehrsverhältnisse einzugehen, sei nur erwähnt, daß es in Berlin vielfach an guten Verbindungsstraßen fehlt, weil ganze Stadtteile umgangen werden müssen, wie z. B. Potsdamer Platz-Brandenburger Tor. Die Probleme, Durchbruchstraßen zu schaffen, die für den Großhandverkehr immer dringender notwendig werden, sind schwer zu lösen, doch müßten sie in Angriff genommen werden. Berlin ist ständig im Wachsen, der Zugang habe in diesem Jahre allein 26 000 bis 28 000 Wohnungsbedürftige betragen, dabei sind nicht mehr als etwa 12 000 Wohnungen gebaut worden. Bei den Wohnungsbauern liegen 290 000 Gesuche vor, allerdings sind darunter manche, wo die Bedürftigkeit mehr subjektiver Art ist. In Berlin gibt es 47 889 Wohnungen, die nur aus einem Raum bestehen, in dem eine mehrköpfige Familie lebt, d. h. wohnt, schläft und auch kocht. Wohnungen, die nur aus einem Zimmer und Küche bestehen, gibt es 336 949. Es ist kaum auszubedenken, was das in moralisch-sittlicher und hygienischer Hinsicht zu bedeuten hat. Es ist daher verdränlich, wenn die Bodenbewegung immer intensiver einsetzt und alles am Sonnabend nach der freien Natur drängt.

Dann sagte Dr. Wagner, daß der preussische Wohlfahrtsminister, trotz dieser Mißere, der Stadt Berlin 45 Millionen Mark aus den Hauszinssteuererträgen entzogen habe. Der Staat sieht somit ruhig zu, wie sich immer mehr Menschen in Berlin zusammendrängen und verdrängt, daß für diese ausreichende Wohngelegenheiten geschaffen werden.

In unserer Zeit scheint wirklich alles darauf zugeschnitten zu werden, daß ja alles recht hübsch zueinander gemoren wird.

Es ist weiter festzustellen, daß von den vorhandenen Wohnungen in Deutschland vom Ober-Regierungsrat Dr. Ebel 177 000 als durchaus minderwertig angesehen werden. Scheußlich geradezu sind vielfach die Arbeiterwohnungen auf den großen Gütern bei den „Edelsten“ der Nation. Der Landarbeitervorstand hat da wiederholt trasse Zustände aufgedeckt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat nun ein Wohnungsbauprogramm entworfen, welches vor allem die Versorgung der minderbemittelten Volksschichten zum Ziele hat. Dieses Wohnungsbauprogramm geht davon aus, daß jährlich mindestens 250 000 kleine Wohnungen gebaut werden müssen, die eine Wohnfläche von 100 Quadratmeter nicht übersteigen. Die durchschnittliche Größe soll 60 bis 65 Quadratmeter betragen. Von zwei zu zwei Jahren soll diese Wohnfläche evtl. vergrößert werden auf 65 bis 70, 70 bis 75 Quadratmeter. Die Kosten für solche Wohnungsbauprogramm in der Größe von 60 bis 65 Quadratmeter sollen im Durchschnitt mit 10 000 M. angelegt werden. Die Finanzierung dieser Bautätigkeit ist folgendermaßen gedacht: Erste und zweite Hypothek 40 Proz. des Gesamtwertes; 4000 M., Hauszinssteuerhypothek 55 Proz.; 5500 M. Eigenkapital 5 Proz.; 500 M.

Die Mieten in diesen Neubauten sollen nicht mehr als 10 Proz. über die ortsüblichen Friedensmieten betragen. Die Finanzierung dieser Bautätigkeit soll der Staat und die Gemeinden übernehmen.

Der Kapitalbedarf wird mit 2.500.000.000 Mk. berechnet. Hierzu sollen erste und zweite Hypotheken 1.000.000.000 Mk., Hypothekenzinssteuer 1.375.000.000 Mk. und Eigenkapital 125.000.000 Mk. aufbringen.

Die ersten und zweiten Hypotheken sollen dem deutschen Kapitalmarkt einnehmen werden, der sehr wohl dazu imstande ist, denn nachweislich haben sich die Einlagen bei den deutschen Sparkassen im Jahre 1926 pro Monat im Durchschnitt um 120 Millionen Mark erhöht. Wenn nur 60 Proz. hiervon zum Wohnungsbau genommen werden, so wären das schon allein 800 Millionen Mark. In der Vorzugszeit haben die Sparkassen fast allgemein 60 bis 80 Proz. ihrer Gesamtanlagen für Hypothekenzwecke verwendet. Außer den Sparkassen gibt es aber noch eine Menge Institute, die ihre Kapitalbestände sicher anlegen können. Versicherungsanstalten oder Art, auch die Bundesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Genossenschaften müssen hierzu veranlaßt werden.

Die Zinsen für erste Hypotheken sollen mit 6 Proz., Amortisation oder Tilgung mit 1 Proz. angesetzt werden. Wenn für solche Zinssätze kein Kapital hergegeben wird, müßte den hegenden eine Differenzquote gezahlt werden. Die Hauszinsentwerphypotheken sind auf Grund des Reichsgesetzes über den Geldverkehrsregulierung beim bebauten Grundbesitz angelegt. Bisher ist der Ertrag der Hauszinssteuer nicht genügend für den Wohnungsbau verwendet worden, auch hat man nicht vermocht, alle Willkürigen zur Steuerentlastung heranzuziehen. Es wird deshalb gefordert, daß 25 Proz. der Zinseinnahmen für den Wohnungsbau auch von allen bebauten Grundstücken aufgebracht werden müssen.

Hierzu muß aber der Reichstag erst ein Gesetz schaffen, das die 25 Proz. auch für den Wohnungsbau sicherstellt. Der Verwendungsplan für den allgemeinen Finanzbedarf aus der Hauszinssteuer muß ein Ende gemacht werden, indem diese Verwendung abgebaut wird. Reichen die Mittel, die durch Hauszinssteuer aufgebracht werden, nicht zur Beschaffung der Hypotheken, so ist das fehlende Kapital durch Anleihen zu beschaffen.

Es folgen dann noch weitere Vorschläge über die Verwendung der Mittel und die Beschaffung von Baugeldern mit Hilfe der Behörden in Stadt und Land; über billige, rationelle Bauverfahren und Ausnutzung der Vorkosten, in welcher die Bautätigkeit allgemein ausdehnt und die Bauarbeiter feiern müssen. Technische Vorschläge werden gemacht bezüglich der Baustoffe, deren Herstellung im Herbst und Winter intensiver betrieben werden sollte. Schließlich werden Vorschläge gemacht zur Zusammenfassung der Kräfte der Bauherren gegenüber den Preisinteressen der Unternehmer.

Unter Leitung der Reichsregierung soll eine Forschungsstelle errichtet werden, die alle Erfahrungen im Bauwesen zentral sammelt, prüft und zur Anwendung reif macht. Im Bauwesen herrscht noch ein vorwiegend bürokratischer Bureaucratismus bei den Behörden. Wer ein Baumerkmal erteilen will, der kann, bis er die Bauverkaufsbescheinigung erhält, erst bei einem trappen Dupend verschiedener Behörden Eingaben machen. Dieser Erfahrungs muß vor allem ein Ende gemacht werden. Es muß die Erteilung der Bauverkaufsbescheinigung in die Hand einer einzigen Behörde gelegt werden.

Dieser Wunschzettel des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes ist ja sehr zu begrüßen. Er kommt zwar etwas spät, verfehlt aber hoffentlich gerade deshalb seine Wirkung nicht. Wir haben aber offen geäußert keine großen Hoffnungen, daß sich diese Wünsche in absehbarer Zeit verwirklichen lassen. Um wirksamsten bleibt die Selbsthilfe durch geeignete Mittel. Es muß die Erfüllung der Bauverkaufsbescheinigung in die Hand einer einzigen Behörde gelegt werden.

Rationalisierung im Tapeziererberuf.

Als die Stahlmattre noch nicht auf dem Markte war, glaubte niemand, daß im Tapeziererberuf jemals die Maschine Eingang finden würde. Aber mit dem Erscheinen der Stahlmattre hörte man auch schon die Beschriftung vom Einzug der Maschine in den Tapeziererberuf. Hierfür war heute ein Bild in die Stapelmöbel- und die Matrassenfabriken, dann müssen wir sehen, daß die Kollegen, die vom Einzug der Maschine sprechen, recht behalten haben. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Arbeiterbegeisterung die Anschaffung kostspieliger Maschinen im allgemeinen erwarten. Sie benutzen die lebende Reparatur. Diese ist viel billiger als der eiserne Kollege. Reparaturen brauchen nicht bezahlt und auch Geld für Neuanschaffung braucht nicht aufgebracht zu werden. Ist ein Arbeiter nicht mehr ganz auf der Höhe, kann er nicht mehr so viel leisten wie sein junger kräftiger Nebenkollege, dann muß er eben gehen. Vor der Lüge steht schon Erfolg. Erfolg ist leicht zu haben, denn auch im Tapeziererberuf fängt der Hilfsarbeiter an Fuß zu fassen.

So wird zum Beispiel in der bekannten Stapelmöbel- oder Westdeutschen heute schon ein Sofa für 3,88 Mk. von jungen Hilfsarbeitern zusammengebaut. Der Marktpreis dafür legt sich wie folgt zusammen: Für Gurten 0,08, für Federn aufwärts 0,20, für Schwären 0,50, für Polster in weiß 0,55, für Sitz beziehen 0,25, für den Rücken mit Spannteilen 1,35 und für Armlehnen 0,85 Mk. Dazu müssen wir schon sagen, das ist Rationalisierung mit lebenden Maschinen in höchster Ausprägung.

Daß diese so billig zusammengebaute Klamotten auch zu einem billigen Preise abgesetzt werden und damit als eine ganz gewaltige Konkurrenz auf dem Markte wirken, ist klar.

Nicht nur der Arbeiter, der seine Gesundheit zu Markte trägt und die billigen Dinge zusammenkauft, ist der Leidtragende. Auch die Kollegen in anderen Geschäften bekommen die Folgen der Konkurrenz zu spüren, denn das billige Angebot des Klamottenfabrikanten reizt auch deren Arbeitgeber zu einer Rationalisierung der Produktion in ihren Betrieben. Das dann zuerst der Lohn gedrückt wird, wissen wir aus Erfahrung.

In der Matrassenindustrie sind es vornehmlich Frauen, die dafür sorgen müssen, daß der Arbeiterlohn so weit wie möglich heruntergedrückt wird. Auch die Handarbeit spielt dabei schon eine große Rolle. Hier wird der Spezialarbeiter noch einmal spezifiziert. Entweder fällt er nur, oder nicht zu, garniert oder heftet ab. Daß bei solcher Herstellungsart fast nur Hilfsarbeiter oder Frauen beschäftigt werden, ist selbstverständlich.

Bei dieser Matrassenfabrikation meldet sich aber auch der eiserne Kollege schon an. Eine Webstuhlmachine ist in Köln schon in Tätigkeit. Eine Garniermaschine hatte ihren Einzug auch schon begonnen, mußte aber die Rückreise nach England, wo sie hergekommen war, wieder antreten, weil sie für die deutsche Herstellungsart nicht rentabel genug war. Sie wird jedoch bald in verbesserter Auflage wieder erscheinen. Der Matrassenfabrikant hat dem Schreiber dieses erklärt, daß sein Betrieb nur über die Maschine ginge. Es scheint daher auch als sicher, daß die Garniermaschine wieder kommt, wenn jetzt auch noch verschiedene Hindernisse, welche in der Leistung der Matrassen und der Qualität des Drettes liegen, vorhanden sind; diese werden schon noch beseitigt werden. Dann nimmt auch die Garniermaschine ihre Tätigkeit wieder auf.

Welche Perspektiven eröffnen sich da für den Tapeziererberuf? Dazu nur einige Zahlen. Auf der Webstuhlmachine heftet ein Hilfsarbeiter eine dreiteilige Matrassen in zehn Minuten ab. Auf der Garniermaschine werden täglich 25 dreiteilige Matrassen garniert. (In Amerika soll das Tagesquantum fünfzig einteilige Matrassen sein.) Auch hat und benutzt man schon Maschinen, welche Kapod in die Lette füllen.

Die Tatsachen beweisen also, daß der Hilfsarbeiter und die Maschine auch im Tapeziererberuf ihren Einzug gehalten haben. Außerdem müssen wir dann noch eine gewaltige Steigerung in der Beherrschung feststellen. Daß bei solcher Entwicklung der größte Prozentsatz unserer jungen Kollegen in ihren Hoffnungen getäuscht wird, liegt im Zuge dieser Entwicklung. Nur sehr wenigen ist es vergönnt, als junger Gehilfe sofort weiter arbeiten zu können. Die Mehrzahl der jungen Leute fließt auf das Pfaster, geht dann auf die Suche nach Arbeit und findet keine. Dann bietet er sich zu einem Hungerlohn an. Trotzdem gelingt es in den wenigsten Fällen, eine Stelle zu ergattern. Unsere jungen Kollegen sind eben das Opfer der Verhältnisse und eines verwerflichen Arbeitsgedankens geworden.

Aus den geschilderten Zuständen ersehen wir, welche gewaltigen Aufgaben der Berufsorganisation noch barren. Diese zu erfüllen, bedarf es einer gut koordinierten Organisation und einer aufgeklärten Arbeitnehmerpolitik. Darum gilt es, jede Gelegenheit im Interesse der Organisation zu benutzen und Unterstützung in die Reihen der Inorganisierten zu tragen. Vor allem aber dürfen wir auch die Bedrängten nicht vergessen. Wenn jedes Verbandsmitglied seine Pflicht erfüllt, dann wird es auch der Organisation möglich, die großen Aufgaben, vor welchen sie gestellt wird, zu erfüllen. C. Sch.

Zur Rationalisierung im Tapeziererberufe.

Wie der Artikel an anderer Stelle bemerkt, der uns ein Bild gibt von der neuzeitlichen Produktionsmethode im westdeutschen Industriegebiet, gibt es bereits im Tapezierergewerbe allerlei Unternehmungen, die Mittel und Wege suchen und finden, um Massenartikel billig herzustellen. Wie bei allen solchen Unternehmungen, ist jedoch auch bei diesen erste Voraussetzung: es müssen Abgabemöglichkeiten für solche Artikel vorhanden sein.

Daraus ergibt sich schon, daß die Errichtung solcher Betriebe an gewisse Umstände gebunden und nur in beschränktem Maße möglich sein wird. Gewiß wird die Konkurrenz solcher Betriebe, die in raffinierter Weise kapitalistisch, kaufmännisch und technisch produzieren, nicht ohne gewisse Rücksicht auf andere Betriebe bleiben können. Wir wollen aber deshalb nicht allzu schwarz sehen. Schließlich sind die Erzeugnisse solcher Betriebe doch auch darnach. Sie mögen für gewisse Zeitperioden und für primitive Ansprüche genügen, weil man norderungen die kulturellen Bedürfnisse auf das allergeringste einschränken muß. Wer indes in der Lage ist, mehr auf Qualität und Dauerhaftigkeit zu sehen, als es aus rüdfälligen Dörfern zugewanderte mit beschränktem Lebensbedürfnissen wohnt sind, der wird diese Erzeugnisse moderner Industrie nicht kaufen. In unserer Zeit, wo die Kaufkraft breiten Masse des Volkes so gewaltig eingebremst wurde, sind natürlich viele Menschen froh, wenn sie viele Bedürfnisse nur in der billigsten Form decken können. Das ermöglicht und erleichtert das Emporkommen solcher Geschäftsbetriebe, die nur darauf ausgehen, große Umsätze zu erzielen und ebensolche Gewinne einzuharsten.

Diese Art Geschäfte haben nicht etwa den Dienst einer Volke in erster Linie im Auge, dieser ist ihnen nur Mittel zum Zweck, Kapital nuthringend anzulegen und arbeiten zu lassen. Sollen wir deshalb verzagen, keineswegs. Wir sind die wirtschaftlichen Zustände wieder bessern, korrigieren, das schon wieder in anderer Richtung.

In Deutschland legt man ganz allgemein viel größeren Wert auf solide Möbel und sonstige Gebrauchswerte. Deshalb wird zu gegebener Zeit auch die Nachfrage über billige Schundware hinweggehen und es vorziehen, gute Ware zu erwerben.

Proletarischer Bildungshunger.

Nach dem Kriege setzte eine gewaltige kulturelle Bewegung im deutschen arbeitenden Volke ein. Überall regte sich Bildungswohlen. Von einem großen Bildungshunger schienen alle Kreise des Volkes erfüllt zu sein.

Diesem Aufbrausen folgte vielfach eine gewisse Enttäuschung. Man wußte heute an einem allgemeinen Bildungshunger. Man sieht in vielen Fällen in stark besuchter Volkshausveranstaltungen nur eine Befriedigung der Sensationslust, vom Thema herabgerufen. Ja, man ist gar geneigt, die große Masse in Zukunft nur nebenher kulturell zu bilden, und man will als Wesentliches, Räches und einzig praktisch Erfolgreiches die Heranbildung einiger gewissen geistigen Führerkräfte als des geistigen Rückgrates der proletarischen Bewegung.

Daß ein solches Heranbilden von proletarischen Persönlichkeiten, die der Bewegung starke Zentren sein können, wertvoll ist, kann nicht zweifelhaft sein. Und doch ist vollere proletarische Kulturarbeit nicht möglich ohne eine direkte Einbeziehung der Massen in das proletarische Bildungsleben. So wie sich ein Volk von Knolpfeibern unterscheidet von einem Volke, in dem jeder als Kind die Schule besucht hat, genau so muß sich eine proletarische Bewegung ohne systematische Massenbildungsarbeit unterscheiden von einer Bewegung, in der jeder zum bewußten kulturellen Träger der Bewegung gezogen wird.

Wenn vielfach mit Recht Zweifel an dem Erfolge von Bildungsarbeit aufkommen so liegt der Mifberfolg nicht an den Massen, sondern an der Art, mit der die Bildung dieser Massen näher gebracht werden sollte.

Das ist ohne Zweifel richtig: weite Massen wollen nicht wissen und lernen. Sie wollen nicht nur wissen und lernen Das ist kein Fehler, kein geistiger Rückstand. Das hängt zusammen mit dem Wesen des Volkes, mit seiner inneren Waise, in der das Erlernen des Bedürfnis einer großen Masse spielt. Unsere Bildungsarbeit war einseitig. Sie wollte lehren. Sie wandte sich an den Verband. Sie ließ das Gemüt des Volkes kalt. Sie ließ unberücksichtigt das Bedürfnis des Volkes nach einem Ein-

beziehen von allem Wissen in den großen ethischen Weltgedanken.

Unsere Bildungsarbeit war zu wenig universal. Wohl beschäftigte sie sich mit allen Gebieten, aber ohne das letzte Gemeinwohl, das seine Wurzel in dem ethischen Kern alles Wissens hat.

Das ist keine merkwürdige Eigenart beim Volke. So muß Bildung eben sein! Und wenn sich in den Massen heute oft eine Abwendung von aller Kulturarbeit findet, so ist das, neben dem wichtigen wirtschaftlichen Faktor, eine Reaktion an uns, eine Warnung zur Prüfung und Neugestaltung der Bildungsaufgaben aus dem inneren Wesen des Volkes heraus.

Das, was das Volk sucht, das ist das große Bildungsziel. Dieses Bedürfnis nach solcher Kultur des Geistes finden wir auch in den großen Trägern der Kultur. So war z. B. einem Goethe nach seinem eigenen Urteile alles verfehlt, was ihm nur sein Wissen bereicherte, ohne ihn neu zu beleben.

Aber Genie und Volk sind verwandt. Nach dem Ausspruch des Genies selbst. Und darum muß auch das Volk vom Wissen belebt sein. Es muß fühlen den künstlerisch-ethischen Kern, den jedes echte große Wissen haben muß, oder das Wissen geht an der Seele des Volkes vorbei.

Recht bezeichnend für die Notwendigkeit solcher warmer lebendiger Bildungsarbeit ist die Bedeutung des Bildes, die sich heute auch im proletarischen Aufklärungskampfe immer mehr zeigt. Mehr als alle Verordnungen am Fabrikator nicht das Bild. Darum ja auch gerade in letzter Zeit die Bilder zum Veranschaulichen der Bedeutung und Notwendigkeit des Gewerkschaftskampfes. Unwillkürlich fühlen wir da oft etwas, was in Wirklichkeit eine ganz große geistige Welt bedeutet: Wissen ist im tiefsten Grunde Erleben. Wissen hat seine geliebte Wurzel im ethisch-künstlerischen menschlichen Gefühle. Der Mensch ist im letzten Wesen eine einheitliche geschlossene Persönlichkeit von Herz und Hirn, und nur dann wird das Hirn befruchtet, wenn auch der warme, führende Mensch seine Berücksichtigung finden kann.

Bildung, die diese proletarische Seele nicht beachtet, ist selber nur eine Erscheinung der nächsten, berechnen-

den, anhäufenden, nur intellektuellen kapitalistischen Verfallkultur. Nur revolutionäre Bildung ist Volksbildung. Volk ist in seinem Wesen vom bürgerlichen Kulturkreis noch nicht erfüllt. Es hat Seele. Und mag der einzelne noch so ablehnend gegen Wissen sein: eines hat er, febrer, Glauben, folgen Glauben an den Menschen, an Recht und Gerechtigkeit und an den Sieg des Guten.

Hier müssen wir ansetzen, um die Massen zu fassen, in allen Orten und Bezirken. Aus dem Erleben des Volkes müssen wir zunächst das Wesentliche des einzelnen, und das ist seine ethische Persönlichkeit. Hier in diesem Glauben müssen wir rütteln und schütteln, und wie kann muß sich dann ergleichen diese künstlerisch-ethische Staat in alle Gebiete der Wissenschaft.

Es ist schwer, denn es ist revolutionär. Es ist gegen das Alte. Es ist etwas von der großartigen genialen Kultur der neuen Zeit. Aber wir müssen das Ziel verfolgen und den Weg, und dann herangehen an die neue Kultur mit dem schönsten Mut und dem hottesten Hoffen, denn das das Volk alte Art der Bildung ablehnt, zeigt, daß es zur großen, genialen, revolutionären Kultur berufen ist.

Das gilt für die proletarische Bewegung im allgemeinen wie für die Gewerkschaftsbewegung im besonderen. Sieht der Arbeiter die beste Gewerkschaftsgenosse, der Bände vom Wissen erlernt hat und dann in stolchem Stolz auf seine scheinbare Überlegenheit vielleicht im Verbandsrat mündet. Die lämpferische Treue steht höher, der ethische Kämpferwert. Unbelebbar ist der Gedanke, der in den Herzen als stütsche Überzeugung tief verankert ist. Das gilt für jeden wie für den gewerkschaftlichen Kampf.

Wer nur lernt, auch in Arbeitsgemeinschaften, bewegt sich in der Bildungsform der alten Welt. Die neue Bildung ist die Erlebnisbildung, die neue Kultur ist die Erlebnisbildung. Der neue Mensch ist das A und O der proletarischen Bewegung. Und der kann nicht sein ohne die Kultur der ethischen Durchdringung.

Dr. Gustav Hoffmann



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN



Nun weicht er nicht mehr von der Erde,
Der graue Nebel, unbewegt;
Er deckt das Feld und deckt die Herde,
Den Wald, und was im Gras sich regt.

Er fällt des Nachts in schweren Tropfen
Durchs weiße Laub von Baum zu Baum,
Als wöllten Elfengeister klopfen
Den Sommer wach aus seinem Traum.

Der aber schläft, von fahlen Schauern
Tief eingehüllt, im Totenleid —
O, wach ein stilles, sanftes Trauern
Beschleicht das Herz in dieser Zeit!

Im Grund der Seele wohnt es leise,
Und vom dahingeschwandnen Bild
Beschwört in ihrem Zauberkreise
Erinnerung uns den Traum zurück.
Her m. Dingg.

Not und Gemeindrang.

In ernstem Ringen strebt Faust in Goethes großem Werke zur Wahrheit. Von sich geht er aus. Sich sucht er zu bereichern mit Kenntnis. Er will Klarheit haben über alle Rätsel des Seins.

Doch das Bild fand Faust nicht. Er wurde größer und größer an Erfahrung und tiefer und tiefer an Klarheit der Zusammenhänge, aber eins fehlte ihm, das eine große Beglückende, das er zu Ende seines Lebens fand: die Tat. Das Größte und Gewaltigste, das den Menschen am liebsten erschaffen und mit reinsten Freude erfüllen kann. Doch welche? Tat aus Gemeindrang für die Gemeinschaft. Das war die letzte Erkenntnis des weisen Faust.

Und doch, Gemeindrang? War Gemeindrang, wie Goethe das nannte, nicht auch graue Theorie? — Nein, sie war Leben, herrliches Leben.

Die Sturmflut bricht über das Land der neuen Gemeinschaft Faustens.

„Und wie sie rascht, gewaltig einzufließen,
Gemeindrang eilt, die Lücke zu verschließen.“

Die Not fittet die Menschen zusammen zu einem Bunde. Aus gemeinsam erlebter Not erwächst ein gemeinsames Wollen und ein gemeinschaftliches Gefühl.

Das ist die große ethische Bedeutung der wirtschaftlichen Not, zu deren Erkenntnis Faust gelangte. Menschen, die mit einer Sorge sind einander verwandt. Menschenbrüder mit einem Sehnen werden verbunden.

Und wenn so viele Menschenkinder des Volks heute noch keine Gemeinschaft fühlen? Sie haben die Sorge noch nicht erkannt. Sie lassen sich treiben, ohne es zu merken. Sie darben, ohne sich des Unrechts bewußt zu sein. Sie sind noch nicht erwacht zur Erkenntnis der Not. Ihnen fehlt noch die Aufklärung, die die Not zum Bewußtsein macht, damit dann aus dieser großen, einen, von allen erlebten Not das große, eine, von allen erlebte brüderliche Gefühl erwächst.

Darum werbt bei euren Arbeitsschwestern und Arbeitsbrüdern für die Erkenntnis ihres Schicksals! Sie müssen sich alle ihrer geknechten Würde steigend bewußt sein, damit der Schrei der Empörung zum heiligen Gemeinschaftsleben des Rechts werden kann.

Die Ansprüche der Krankenversicherten auf Wochenhilfe.

Durch die Neuregelung des Gesetzes über Wochenhilfe sind ab 1. Oktober 1926 für die Mitglieder der Krankenkassen die Ansprüche auf diese Unterstützung wesentlich erweitert worden.

Weibliche Versicherte, wenn sie in den letzten beiden Jahren mindestens 300 Tage Krankentage angehört, wozu 180 Tage in das letzte Jahr fallen müssen, erhalten an Wochenhilfe:

- 1. gesamten Einbindungskosten;
- 2. Wochenlohn;
- 3. Stillgeld.

Zu den Einbindungskosten rechnen nicht nur die Forderungen der Hebammen, sondern auch die Kräftekosten von der Krankenkasse zu bezahlen, wenn ärztliche Hilfe bei der Einbindung nötig war. Außerdem sind die Ausgaben für Verbandstoffe, Medikamente und andere kleinere Hilfsmittel von der Krankenkasse zu erstatten. Erforderlich ist, daß sich die Versicherten vor der Wiedertunft mit ihrer Krankenkasse in Verbindung setzen, um sich wegen der Übernahme aller entstehenden Kosten bei der Einbindung zu informieren.

Außer den Kosten, die die Krankenkasse an die Hebamme resp. an den Arzt zahlt, ist von ihr noch ein einmaliger Beitrag zu den sonstigen Kosten der Einbindung in Höhe von zehn Mark zu entrichten.

Das Wochenlohn wird für 71 Tage gezahlt, soweit in der Sägung der Krankenkasse die Bezugsdauer nicht verlängert ist. Die Wöchnerin hat nicht erst nach der Einbindung den Anspruch auf Wochenlohn, sondern kann ihn schon vier Wochen vor dem geltend machen. Es ist zweckmäßig, der Krankenkasse eine Bescheinigung der Hebamme oder der Säuglingsfürsorgestelle vorzulegen, aus der hervorgeht, daß die Einbindung in vier Wochen stattfinden wird, damit die Krankenkasse die Unterstützung zahlen kann.

Stellt die Versicherte sechs Wochen vor der Wiedertunft die Arbeit ein und bezieht die Kräfte, so hat die Krankenkasse bereits für diese Zeit das Wochenlohn zu zahlen; eine Anrechnung auf das Wochenlohn für 71 Tage kommt jedoch, wie in jedem Fall, nur für vier Wochen in Frage.

Stillgeld wird für 85 Tage gezahlt. Voraussetzung ist, daß die Wöchnerin das Kind stillt. Dies ist dann von der Hebamme oder von der Säuglingsfürsorgestelle zu bescheinigen.

Nicht nur die weiblichen Versicherten, sondern auch die Ehefrauen der Versicherten erhalten Wochenhilfe, soweit die Ehefrauen nicht auf Grund eigener Versicherung Anspruch auf Wochenhilfe haben. Die Unterstützung für Familienangehörige hinsichtlich der Einbindungskosten ist die gleiche wie bei den weiblichen Versicherten. Das Wochenlohn beträgt bei der Familienwochenhilfe täglich 0,50 M. und wird für 71 Tage gezahlt. Es kann durch die Sägung erhöht werden. Stillgeld wird für 85 Tage mit täglich 0,25 M. gewährt, wenn das Kind gestillt wird. Dies muß auch für diese Fälle von der Hebamme oder Säuglingsfürsorgestelle bescheinigt werden. Das Wochenlohn wird, wenn es die Versicherte beantragt, bereits für vier Wochen vor der Einbindung ausbezahlt.

Ein jeder gibt den Wert sich selbst. Wie hoch ich mich selbst anschlagen will, das steht bei mir. So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte. Den Menschen macht sein Wille groß und klein.

Aus unseren Berufstreifen.

Ein großer Mitarbeiter. Der Sattlergehilfe Rudolf Müller, geb. am 7. April 1901 in Halle a. S. (bei der Firma J. S. Stürmer, Bedarfsfabrik, in Frühlitz bei Wittenberg, tätig), war nach einer Unterhaltung mit einem Mitarbeiter einem am Gespräch ungeschuldenen Kollegen einen 5 Pfund schweren Eisenhammer ins Kreuz, so daß derselbe sofort bewußtlos zusammenbrach und einige Wochen erwerbsunfähig wurde. Dieser Mitarbeiter ist natürlich unorganisiert. Er hat sich durch diese Heldentat das besondere Wohlwollen der Unternehmer gesichert. (Auf wie lange? D. A.) Ein Kommentator erbringt sich. Die Tatsache spricht deutlich genug, wie Täter und Begünstiger zu bewerten sind.

Am 15. November stellten die Obermeister des Kammerbezirks Berlin, selbständige Sattler und Tapezierer, eine Tagung ab. Zunächst war das bekannte Thema „Schwarzarbeit“ Gegenstand der Beratung. Man will die Finanzämter in Kenntnis setzen und die Arbeitsämter betriebsgemäß werben. Ferner müßten einige Redner Ausweiskarten einführen, um die Materialbeschaffung zu erschweren, und schließlich will man auch den Arbeitgeber der Schwarzarbeiter beschwerdefähig machen. Ein Redner erwähnte dabei, daß die Pfuscharbeit nicht zuletzt eine Folgeerscheinung der üblichen Gehringelgänger sei.

Ein Schreiben der Tapeziererhandlung kam zur Sprache, in dem sich diese beschweren, daß die Preise für Tapetenarbeiten ihr Geschäft schädige. Angeblich wären die Preise zu hoch. Man würde sich indes nicht einig über diese Angelegenheit und wählte eine Kommission, die mit den Tapezierern und Malern in Verbindung treten sollte, um eine gemeinsame Besprechung mit den Tapezierern herbeizuführen.

In der Tapezierbranche herrscht jetzt eine hellere Stimmung. Die Tapeziererhandlung suchen anscheinend die Ursachen des zu geringen Tapetenumsatzes an falscher Stelle, wenn sie die „hohen“ Preise anführen. Die Tapezierer müßten schon immer fürchterlich schustern, wenn sie ein geringeres verdienen wollten, denn sie werden doch nach Rolle bezahlt und leisten Akkordearbeit. Wahrscheinlich die Ursache der Mangel mehr in der allgemein mangelhaften Wirtschaftslage. Viele Wohnungsgeber müßten auf tapezierte Zimmer Verzicht leisten und begnügen sich mit einem Anstrich.

In wohlhabenden Kreisen wieder wird auch die Zimmermalerei neuerdings den Tapeten viel Abbruch bereiten. Gibt es aber nicht auch genug Tapeziererhandlungen?

die bestrebt sind, direkt mit der Kundschaft, Hausbesitzer und Mieter, Geschäfte zu machen? — Sie übernehmen einfach die Vierung und das Befestigen der Tapeten und vergeben die Arbeit nach Belieben.

Heute tapezieren nicht nur gelernte Tapezierer, sondern auch Angelernte, sowie Maler und dergleichen. Diese Tapezierer sind sehr schlecht organisiert und waren schon immer organisatorisch schwer zu erfassen. Das bringt die ganze Arbeitsweise, die sehr unbeständig ist, schon mit sich. Wie nun das Vorgehen der Tapeziererhandlung zeigt, ist jedoch Gefahr vorhanden, daß eine Lohnrückerhöhung wird, die den Tapezierern recht hart aufstoßen kann. Es wäre deshalb an der Zeit, wenn sie sich wieder einmal besinnen würden, daß letzten Endes doch nur die Organisation helfen kann.

Dann beschäftigte sich der Obermeister Freitag mit der notwendigen Umstellung des Sattlergewerbes, die bedingt ist durch den Rückgang der Geschäftstätigkeit. Man will Kurze abhalten für Postarbeiten, Automobilbau, Koffer und Reiseartikel.

Dann wandte man sich gegen den Landbund, der sich nicht scheut, den Sattlern Verträge aufzuzwingen mit 12-15 M.; es gebe immer wieder Sattler, die sich nach unterließen. Man beschloß, sich deshalb an den Reichslandbund zu wenden. — Das wird viel helfen!

Auf einer Tagung der Obermeister Dippelshausen in Königsberg wurde bedauert, daß sich die Landwirtschaft ganz und gar vom Handwerk abgewandt hätten; denn jedes größere Gut habe seinen eigenen Sattler. Außerdem wird das Automobil mehr und mehr eingeführt, der Pferdebestand jedoch wird reduziert. Auch hier wurde die Umstellung empfohlen.

Dem Vorsitzenden des deutschen Sattlerbundes, Herrn Ludwig, wurde von der Berliner Handwerkerkammer der Titel eines Ehrenmeisters und der goldene Ehrenmeisterbrief verliehen als Anerkennung für seine Verdienste um das Handwerk.

Herr Holzjamer hat an den Reichsarbeitsminister im Reichstag eine Anfrage gerichtet, was er gegen die immer größeren Umfang annehmende Schwarzarbeit zu unternehmen gedenke. Dazu hat der RM. erklärt, daß kein Ministerium und die Regierung grundsätzlich gegen solche Arbeit sind, soweit es sich nicht um kurze vorübergehende Gelegenheitsarbeiten ungelerner Art handelt. Aber selbst diese Nebenberufe, die gelegentlich von den Erwerbslosen gemacht werden, müssen rechtlich gesehen, angezeigt werden und würden dann auch, wenigstens zum Teil, auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden. Herr Holzjamer denkt aber wohl weniger an solche Gelegenheitsarbeiten als vielmehr an ordentliche, dauernde, gewerbliche Beschäftigung, die dem Gewerbe merklich Konkurrenz

machen würde. Ich kann versichern, daß wir solchen Mißbrauch unsererseits entgegenzogen. Diese Antwort des Herrn Reichsarbeitsministers auf die Anfrage der Innungsmeister ist ja immerhin interessant. Es wäre solchen Fragen und Antworten gegenüber sicher ebenso sehr am Platze, einmal zu fragen, was denn die Regierung dagegen zu tun gedenkt, daß die Handwerksmeister ständig Lehrlinge ausbilden für welche nicht die geringste Aussicht besteht, daß diese später im Handwerk Beschäftigung finden könnten. Schließlich wollen die Ausgelernten doch auch leben und arbeiten; und sind es nicht die Handwerksmeister selbst, die Schwarzarbeit züchten?

Auf einem anderen Gebiet ist die Einstellung ungeleitet. Fünf Vinoleumfabriken haben sich kürzlich zu einem Konzern vereinigt. Natürlich nur zu dem Zwecke, rationaler und profitabler zu wirtschaften. Deshalb betrachten auch die Unternehmer die Versicherung dieses Konzerns, es handle sich um eine Preisherabsetzung der Fabrikate, als billige Redensarten. Durch die Begünstigung des Reichswirtschaftsrats, die der Konzern gefunden, werde nun dem Handwerk die Möglichkeit beschnitten, auch einmal eine größere Arbeit auszuführen. Der neue Konzern setzt nicht nur den Preis für das Vinoleum fest, er nimmt sich auch das Recht, den Preis für das Verlegen zu bestimmen. Wer sich unter den festgesetzten Preisen zum Verlegen anbietet, wird von der weiteren Belieferung mit Vinoleum ausgeschlossen. Die großen Firmen würden auf Grund dessen bei allen Bewerbungen den kleinen Meister ausstechen.

Ja, dem Großkapital gegenüber schwingt man sich nicht zu Gegenmitteln auf; es ist leichter, nach unten hin zu stoßen.

Die Berufsschule in Frankfurt a. M., Dr. Kornmarkt 2, sucht einen Gewerbelehrer, der besondere Befähigung für das Tapezierergewerbe besitzt und die Prüfung als Gewerbelehrer bestanden hat. Bewerbungen schreiben und Zeugnisabschriften an obige Adresse.

Kritische Betrachtung über die Vergebung von Rohhaar-Matratzen für die Schutzpolizei in Erfurt.

Vom Ministerium des Innern wird die Anfertigung von 75 Rohhaar-Matratzen für die Schutzpolizei in Erfurt ausgeschrieben. Die Größe der Matratzen richtet sich nach der Länge und Breite der Bettstellen, die Höhe muß mindestens 10 Zentimeter betragen. Sämtliche zur Anfertigung erforderlichen Materialien werden von der Regierung geliefert. Zu einer Matratze sind 9,5 Kilogramm, zu einem

Kopfstoff 1 1/2 Kilogramm Rohhaare zu verwenden. Die Rohhaare sind vor der Fällung der Matrize mit der Hand zu zupfen, Matrize und Kopfstoff sind in 4 Zentimeter Abstand zu garnieren. Erstere sind 16., letztere fünfmal durchzuführen. Zum Garnieren und Flechten darf nur guter Hanfbündel verwendet werden, der vom Auftragnehmer zu liefern ist. Es lauten die Bedingungen. Ueber die Vergütung dieser Arbeiten hat sich eine Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Ministerium des Innern und der Zwangsinnung der Postierer und Dekorateur ergeben, welche bereits den Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigt hat. Die Zwangsinnung hat den Preis für eine Matrize auf 22,85 Mt. festgelegt, und zwar auf Grund folgender Kalkulation:

22 Pfund Rohhaare mit der Hand zupfen:	
10 Stk à 60 Pf.	= 6,— Mt.
Füllen, Rähen, Garnieren:	
4 Stk. à 1 Mt.	= 4,— "
Maschinennäharbeit	1,50 "
Bestes Material (Bindfaden, Wolle usw.)	1,50 "
Zusammen	13,50 Mt.
60 Proz. Geschäftsunkosten	7,50 "
Zusammen	20,— Mt.
30 Proz. Gewinnaufschlag	6,— "
Zusammen	26,— Mt.

Diese Summe wurde nach unten auf 22,85 Mt. festgesetzt.

Auf Grund dieser Preisberechnung antwortete das Ministerium des Innern unterm 24. Oktober 1926 an den Regierungsverpräsidenten, daß der Berechnung der Zwangsinnung in Erfurt vom Vollzeipräsidenten in Berlin eine von einem dauernd mit der Anfertigung und Aufarbeitung von Matrizen beschäftigten Handwerksmeister folgende Berechnung gegenübergestellt wird:

22 Pfund Rohhaare mit der Hand zupfen durch eine Frau:	8 Stk. à 50 Pf. = 4,— Mt.
Füllen, Rähen, Garnieren:	
3 Stk. à 1,10 Mt.	= 3,30 "
Maschinennäharbeit	0,50 "
Bestes Material (Bindfaden, Wolle usw.)	0,20 "
Zusammen	8,— Mt.
Dazu insgesamt 70 Proz. Geschäftsunkosten und Gewinnaufschlag	5,60 "
Zusammen	13,60 Mt.

Es wird in diesem Schreiben weiter ausgeführt, daß sich eine Rohhaarmatrize sogar für 8 Mt. herstellen läßt, und zwar auf Grund folgender Aufstellung:

Füllen, Rähen und Garnieren:	
3 Stk. à 1,10 Mt.	= 3,30 Mt.
Maschinennäharbeit	0,50 "
Bestes Material (Bindfaden, Wolle usw.)	0,20 "
Zusammen	4,— Mt.
Dazu 70 Proz. Geschäftsunkosten und Gewinnaufschlag	2,80 "
Für Zupfen von 11 Kilogramm Rohhaare durch Gefangene: 1 Arbeitstag zu 8 Stk.	1,10 "
Zusammen:	7,90 Mt.
rund:	8,— Mt.

Der zur Verfügung gestellte Betrag von 8 Mt. für die Anfertigung einer Matrize kann hierdurch als ausreichend angesehen werden.

In einer am 19. November stattgefundenen Versammlung der Zwangsinnung in Erfurt wurde das Verhalten der Regierung stark getadelt. Von den Vertretern der Gewerkschaft wurde das Gebahren der Regierung verurteilt, zugleich aber den Meistern gesagt, daß das Fehlen eines örtlichen Tarifvertrags sich für die Zukunft schwer rächen wird. Heute sind schon Meister vorhanden, die für das Aufarbeiten einer Matrize für die Reichswehr 8 Mt. für das Stück verlangt haben. Wenn die Gehälter bei der Firma Friedrich Otto (Inhaber Hermann u. Kind) sich soweit erniedrigen, daß sie ihre Frauen und Kinder zum Postierzupfen anbieten, so sehen wir es ab, diese noch als Kollegen zu betrachten. Auf den Boden der politischen Hofgänger, die Frauen und Kinder kontraktlich zur Verfügung stellen müssen für die Arbeiten des Herrn, lassen sich die Erfurter Tapezierergeräten nicht herabwürdigen. Einstimmig wurde von der Zwangsinnung der Antrag des Goulleters angenommen, sofort in der Angelegenheit der Matrizen für die Schuppelzeit bei dem Regierungsverpräsidenten persönlich vorstellig zu werden. Am 22. November wurden zwei Vertreter der Handwerkskammer, der Obermeister der Zwangsinnung und der Goulleter vom Regierungsrat v. Pappenheim empfangen. Nach dieser Unterredung wurde ein ausführlich gehaltenes gemeinsames Schreiben an das Ministerium des Innern gefandt und darum ersucht, den Auftrag der Zwangsinnung zu geben. Zugleich wurde mitgeteilt, daß die Beschäftigung von Gefangenen angedacht der großen Arbeitslosigkeit unzustandhaft sei und in Widerspruch stehe mit den wiederholten Versicherungen des preussischen Justizministers, daß Gefangene mit derartigen Arbeiten nicht beschäftigt werden sollen. Außerdem wurde auf die Zahl von 1 1/2 Millionen Arbeitlosen im Reich und 10 000 in Erfurt hingewiesen. An der Reichsverordnungsordnung heißt es im § 2, Abs. 2: „Der Zuzug ist nicht an die wirtschaftliche Lage gebunden, sondern es sollen nur solche Angebote berücksichtigt werden, deren Befreiung bei einwandfreier Ausführung für den Bietter auskömmlich erscheinen.“ Entgeglicht wurde von der Zwangsinnung in Erfurt der Preis von 19,50 Mt. verlangt.

Uns als Gehilfen kann die Vergütung von Staatsaufträgen nicht gleichgültig sein. Wir haben darauf zu achten, daß diese Arbeiten zu derartigen Preisen an die Unternehmer abgegeben werden, daß der Lohn der Gehilfen letzten Endes nicht herabgedrückt wird. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, haben wir die Aktion der Zwangsinnung unterstützt.

S. B.

Erkennung der Redaktion: Uns will scheinen, als wenn diese beiden Kalkulationen arg daneben hängen.

Gemeinsame Tagung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Malergewerbe.

Daß es doch so etwas wie gemeinsame Berufsinteressen gibt, beweist die Tagung der obengenannten beiden Verbände der Maler. Am 9 und 10. November tagten die Vertreter in Berlin, um gemeinsam zu beraten, wie dem Drude der wirtschaftlichen Misere, unter welcher das Gewerbe stark leidet, zu steuern ist.

Der Verband der Maler hat eine Statistik veröffentlicht über die ungeheure Zunahme der Lehrlingsabnahme; die Folgen sind die gleichen wie bei den Tapezieren und Sattlern: eine ungeheure Vermehrung der kleinen Meister und kleinen Betriebe. Daneben werden dem Gewerbe durch die großen Kaufmänner die besten und größten Arbeiter entzogen. Die großen Betriebe haben eigene Werkstätten für Maler und Lackierer errichtet. Vieles ist das Spritzenfahren eingeführt, wozu nur ungelernete Arbeiter verwendet werden. Ferner macht sich eine Schmuckkonkurrenz breit. Das Resultat war die Wahl einer Kommission, zu der je drei Vertreter gehören. Diese ist beauftragt, Richtlinien auszuarbeiten und Ausführungsbestimmungen für die zu unternehmenden Schritte, um den Lebensstand zu beizubehalten.

Da in unseren Berufen die gleichen Lebensstände vorhanden sind, ist es eigentlich naheliegend, ähnliche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Wie die Dinge indes liegen, dürfte im Lager der Arbeitgeber hierzu wenig Neigung vorhanden sein. Man hat es auf allen Tagungen, besonders im Tapeziererbund, vermieden, der Entwidlung, wie sie sich in den letzten Jahren vollzogen hat, offen ins Auge zu sehen und ist über die Grundursachen elastisch hinweggeschlüpft.

Bei den Sattlern sind wenigstens vereinzelte Stimmen laut geworden, die das Kind beim rechten Namen genannt haben. Doch die beiden können ja nicht einmal richtig zusammenkommen — Sattler und Tapeziererbund! — Wie sollte da eine Verständigung auf breiterer Grundlage mit den Vertretern der Arbeitgeberorganisation möglich sein? Es ist überhaupt auffallend, wie gering das Interesse der Arbeitgeber unserer Berufe an den Umstellungen ist, die sich jetzt auszumirren beginnen. Am kapitalistischen Zeitalter, das immer mehr proletarisierend auf die Mittelschichten einwirkt, stehen die Führer dieser Leute die Köpfe unter die Schlafhaube, statt Stellung zu nehmen und den Dingen scharf auf den Leib zu rücken.

Verbindlichkeitserklärung.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung) Berlin NW. 40, 25. Nov. 1926. N 2 IV. 3845/34. Schornhorststr. 35.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 25. Januar 1925 (Reichsgesetzl. S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt.

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Vereinigung ostdeutscher Leder- und Sattlerwarenfabrikanten, Sitz Frankfurt a. d. O.,
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeulter-Verband, Sitz Berlin.
2. Abgeschlossen am 23. September 1926 (Manteltarifvertrag).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie (im Umfange des § 1 Ziff. 2 des Tarifvertrages) mit Ausnahme der Schuhwaren-, Handbuchs- und Treibriemenindustrie und des Kutschier- und Wagenbaues.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O., Grenzmarz, Westpreußen-Polen und Provinz Ostpreußen.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 9 (Schlichtung von Streitigkeiten) des Tarifvertrages, sowie auf Bestimmungsbefugnisse nur insoweit, als durch die Handelskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse nicht anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich ferner nicht auf den in Ziffer 2 des Tarifvertrages erwähnten Zusatzvertrag.
6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 16. Oktober 1926.

Im Auftrage: Dr. Rufte.

Zum Stand der Arbeiterbewegung in England.

Das internationale Gewerkschaftsbüreau in Amsterdam teilt hierzu folgendes mit: „Die von den britischen Bergleuten mit 460 000 gegen 313 200 Stimmen verworrenen Vorschläge der Regierung, die der Beendigung des Kohlentonschlages zugrunde gelegt werden sollten, sahen in der Hauptsache vor: 1. Die Arbeit soll auf Grund der von den Grubenbesitzern vorgeschlagenen vorübergehenden Abmachungen aufgenommen werden. 2. Es sollen Distriktsabkommen von mindestens dreijähriger Dauer abgeschlossen werden. 3. Es besteht die Möglichkeit einer längeren Arbeitszeit und niedrigerer Löhne. 4. Errichtung einer nationalen Schlichtungsinstanz, an die appelliert werden kann, wenn es nicht gelingt, die Unternehmer auf das vorgesehene Lohnminimum festzulegen (ca. 10 Proz. niedriger als jenes vom April dieses Jahres). Nach Ablehnung der Vorschläge wurde von der Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter-Föderation beschlossen, die Einleitung von Distriktsverhandlungen anzukempfen, denen gewisse nationale Prinzipien zugrunde gelegt werden sollen; so vor allem eine einheitliche Kündigungfrist von einem Monat und die Bedingung der Einstellung aller

Arbeiter, die am 30. April in den Gruben beschäftigt waren. Im Interesse der Koordination soll kein Distrikt zu einer weiteren nationalen Konferenz endgültige Abmachungen treffen.

Der englische Bergarbeiterkampf gibt zu mancherlei ersten Betrachtungen Veranlassung, hat er doch manche Ueberraschungen gebracht, die wohl kaum vorausgesehen worden sind.

Der englische Bergbau hatte doch sicher für die gesamte englische Industrie eine gewaltige Bedeutung. Es wurde als sicher betrachtet, daß die gesamte englische Wirtschaft in kürzester Zeit in Mitleidenhaft gezogen, für die Beendigung des Kampfes eintreten würde. Nun hat der Kampf fast sieben Monate gedauert, und es hat sich gezeigt, daß durch Einfuhr von Kohlen die meisten Betriebe in Gang gehalten werden konnten, mit Ausnahme der Eisen- und Stahlerzeugung allerdings, die schwer gelitten hat.

Die Folgen des Bergarbeiterstreits werden aber den englischen Unternehmern noch hart aufstehen, denn in zwischen sind andere Faktoren auf dem englischen Markt aufgetaucht und haben langfristige Lieferungsverträge aus Kohlen abgeschlossen. Die bessere Wirtschaftslage, die sich in den letzten Monaten in Deutschland bemerkbar macht, ist nicht zuletzt auf die Behebung der Kohlenlieferung nach England zurückzuführen.

Korrespondenzen.

Keutlingen. Verammlung vom 14. November. Der Vorsitzende gab zunächst den Bescheid des Hauptvorstandes bekannt, daß der Gauleiter Kollege Jig. Stuttgart aus seinem Amt ausscheide. Die Tagesordnung war bald erledigt, dann entwickelte sich eine rege Aussprache betreffend des Scheiterns des Gauleiters Jig. Kollege J. Müller hat den Antrag, die Verammlung möge dem scheidenden Kollegen Jig. auch einige Worte der Anerkennung für seine Tätigkeit sagen, und den Verammlungsbericht im Verbandsorgan veröffentlichen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Beschluß zur Ausführung zu bringen.

Hiermit komme ich dem nach. Die Verammlung dauert das rasche, unerwartete Ausscheiden des Kollegen Jig. Schon einige Jahre ist unser Gauleiter kränzlich, doch glaubte man, er könnte den Dienst noch einige Jahre versehen. Es ist anders gekommen. Kollege Jig. ist nun für invalide erklärt worden. Mit ihm verlieren wir einen tüchtigen jederzeit hilfsbereiten Kollegen. Besonders die in der württembergischen Treibriemenindustrie beschäftigten Kollegen werden ihn in Zukunft vermisse. Jig. war, aber mit unerschrockenem Mut den Unternehmern tüchtig auf den Leib rüde und dadurch für die Kollegen manch einen Vorteil herausgeholt. Mit großem Eifer hat er an den letzten Lohnverhandlungen in der Treibriemenindustrie teilgenommen und einen schönen Erfolg erzielt. Für uns Keutlinger hatte Jig. immer ein großes Verständnis. Wenn es Streitigkeiten gab, griff er vermittelnd ein und brachte die Kollegen immer wieder unter einen Hut. Auch bei den Verhandlungen mit der Fa. J. D. Schlager in Keutlingen war es Jig., der durch Sachlichkeit der Firma die bestehenden Abkordläge abrang.

Mehrere Jahrzehnte war Jig. in der Organisationsarbeit tätig und hat in den Verwaltungsgeschäften seines Gauwes legenerische Arbeit entfaltet. Er hat natürlich auch Kollegen gegeben, die mit seinem Ratshagen nicht immer einverstanden waren und ihn auch bekämpften. Aber diese Kollegen sollten uns an diesem tapferen Manne ein Vorbild nehmen, und vor allem dienen sollten die jüngeren Kollegen versuchen ihm nachzueifern. Wir alle wünschen dem Kollegen Jig. noch recht gesegnete Tage und freuen auf diesem Wege unseren Dank aus für seine hilsreiche Mitarbeit. Möge ihm noch ein recht fröhlicher Lebensabend beschieden sein.

K. Götz

Berichtigung.

Unter „Tapezierergewerbe“ stand in Nr. 47 unserer Zeitung ein Bericht über den Abschluß eines Tarifvertrages bei der Firma Bertram Schrot in Alendorf a. d. Elbe. In diesem Bericht war die Zahl der beschäftigten Bergleute bei der Firma Schrot auf 35 angegeben. Diese Zahl ist früher richtig war, ist seit längerer Zeit überholt und beträgt jetzt 95 Beschäftigte, darunter 50 Tapezierer.

Elegante Dekorationen.

Der Verlag von Berg u. Schoch in Berlin hat sich seit vielen Jahren mit der Herausgabe von populären Fachlehrbüchern für das Kunsthandwerk (besonders auch für den Tapezierer- und Sattlerberuf) große Verdienste erworben.

Der Verlag bringt jedoch ein wunderbares Buch heraus unter dem Titel „Elegante Dekorationen“. Der Verfasser ist Herr Alfred Neumann. Dieses Werk bringt in sauberster technischer Ausführung auf bestem Druckpapier 52 Kunstblätter mit den neuesten, elegantesten Dekorationsskizzen. Im Begleitwort findet der Beschäftigte auch recht gute Worte, um das Verständnis für die moderne Form und Farbe in der Dekorationskunst anzuregen. Der Wohnraum soll Wärme und Behaglichkeit in sich schließen, er muß sich aber auch der Individualität seiner Bewohner anpassen, dabei kann die wirtschaftliche Lage nicht unberücksichtigt bleiben. Der Stoff ist der Schminke, Fenster, Lüren, z. T. auch an der Wand; er ist das, was das dem Raum erst vollendete Harmonie geben kann. Eine moderne Dekoration darf nicht Licht und Luft vom Raum fernhalten. Laßt Sonne in die Wohnung herein! Die Grundidee dieses Werk kann wirklich als eine Leitlinie der Vereinfachung des Kunstgeschmacks in der Innendekoration bezeichnet werden und verdient weiteste Verbreitung. Preis ist 15 Mt.

Wir sind gern bereit Bestellungen entgegenzunehmen.

Verbandsnachrichten.

(Bestimmungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 6. bis 12. Dezember ist der 49. Bundestag in Göttingen.